

Wiederkehrende „Strabs“ in der Pfalz müssen weg – ein Kommentar

Mohnsheimer Widerstand gegen Ausbaubeiträge geht weiter

Wenn in Rheinland-Pfalz der Ausbau von Gemeindestraßen ansteht, trägt der Staat nur einen Teil der Kosten. Für den Rest werden die Anlieger zur Kasse gebeten. Seit 2020 sind die sogenannten wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge in dem Bundesland gängige Praxis, so auch in Mohnsheim. Seit Juli 2024 wurden in der Gemeinde etwa 800 Bescheide über den Ausbau der Bahnhofsstraße zugestellt. Doch dagegen regt sich weiter Protest. Dreihundert Widersprüche liegen auf dem Tisch des Bürgermeisters.

Die Gemeinde lässt nun einzelne Einsprüche exemplarisch in einem Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht prüfen. Bis dahin werden die Pläne zur Erneuerung weiterer zwölf Straßen aufgeschoben (wir haben darüber berichtet).

Mit Sicherheit ist Mohnsheim kein Einzelfall bei dem verzweifelten Versuch, bürgernahe Kommunalpolitik unter den Vorgaben der Landesregierung zu gestalten. Neben seinen Belastungen mit Steuern und diversen anderen Abgaben, den Bürger zusätzlich noch als globalen Hauptfinanzier für den allgemeinen Straßenausbau des Ortes



Mit diesem Flyer wirbt der Bürgerverein für Mitstreiter

heranzuziehen, ist schon grotesk. Aber die Gemeinden in Rheinland-Pfalz werden dazu gezwungen. Dieses System der sogenannten, und auch hier erfundenen, wiederkehrenden Beiträge ist beispiellos. Vor Jahren von hier aus den anderen

Bundesländern angepriesen, in einigen tatsächlich auch erprobt, aber allorten grandios gescheitert.

Das Unverständnis, der Zorn, der Widerstand im Ort und über die Gemeindegrenzen hinaus ist mehr als verständlich. Doch den Mohnsheimern ist klar, es geht zwar um ihr Geld, aber nicht nur um ihr persönliches Schicksal. Im ganzen Land brodelt es. Und was tut die Regierung des Landes, die als einzige bundesweit stoisch daran festhält, ihre Bürger weiterhin als größten Geldgeber für den Straßenausbau in den Gemeinden zu verpflichten? Ignorieren, solange eigene Wahlergebnisse nicht in Gefahr geraten.

Den Politikern ist mit Sicherheit schon lange klar, dass sie zumindest auf diesem Gebiet über einen breiten, offenen Abgrund laufen. Die Gefahr besteht nicht darin, dass sie keinen Boden mehr unter den Füßen haben, sondern nach unten schauen müssen – und es bemerken.

Die Mohnsheimer haben indes die Bürgerinitiative und den Verein „Nein zu Straßenausbaubeiträgen in RLP“ gegründet. Ziel ist es, die Landesregierung dazu zu bringen, die Ausbaubeiträge komplett abzuschaffen. Für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 10 Euro kann jeder Bürger, der sich dem Ziel der vollständigen Abschaffung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge verpflichtet fühlt, Mitglied werden. | Lothar Blaschke

— Anzeige —

TORSTEN ENK



Immobilien

Ausgezeichnet mit der Qualitätsurkunde des VdGN

– seit 1996 –

kompetent • zuverlässig • rechtssicher



Was Sie von uns erwarten können:

- ✓ realistische Markteinschätzung
- ✓ vorgemerkte, bonitätsgeprüfte Käufer
- ✓ Unterstützung bei der Beschaffung von Wohnalternativen

An den Fuchsbergen 82 • 15569 Woltersdorf
 Tel.: 03362/ 88 33 965 • Mobil: 0172 396 71 81
 info@enk-immobilien.de
 www.enk-immobilien.de

**Wir vermitteln
 Wohnimmobilien aller Art
 in Berlin und Brandenburg.**